

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MARXISTISCHE
"LEHRWERKSTATTEN-INITIATIVE"

Presseausschuss, Postfach 1161, 3001 Bern, Tel. 031 / 44 58 94

An die Deutschschweizer Medien

Sehr geehrte Damen und Herren

Aus der Sicht eines an einer Berufsschule Tätigen beurteilt FDP-Ständerat Gaston Brahier (JU) die "Lehrwerkstätten-Initiative". Er warnt vor diesem Vorgehen. Seine Haltung begründet er in einem Beitrag im vorliegenden Pressedienst. Ebenfalls Nein zur "Lehrwerkstätten-Initiative" sagt FDP-Nationalrat Heinz Allenspach (ZH), der die Befürchtung hegt, dass die Schweiz nach einer allfälligen Annahme der Initiative im Berufsbildungsbereich vom bisherigen Platz in der Spitzengruppe ins Mittelfeld abrutschen würde. Ein weiterer Artikel zeigt auf, was an der von der SAP, der früheren RML, lancierten Initiative marxistisch ist.

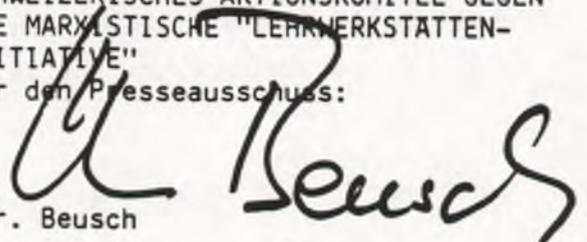
Die Artikel stehen Ihnen unentgeltlich zum Abdruck zur Verfügung. Wir würden uns freuen, wenn Sie diese in Ihren Abstimmungsinformationen einsetzen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Beilagen erw.

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN
DIE MARXISTISCHE "LEHRWERKSTATTEN-
INITIATIVE"
Für den Presseausschuss:

Chr. Beusch



Bern, 9.9.86 ea

HUTEN WIR UNS VOR DIESER FALLE

Deshalb Nein zur Lehrwerkstätten-Initiative

Von FDP-Ständerat Gaston Brahier, Delsberg

Die Initiative "für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung" (kurz "Lehrwerkstätten-Initiative") ist überflüssig, illusionär, unerträglich, ungerecht, unrealistisch, gefährlich und unausgewogen.

Ueberflüssig

Mit ihrem Begehren, der Bund habe die Kantone zur Einrichtung von Lehrwerkstätten und anderen Ausbildungsstätten zu beauftragen, rennen die Initianten offene Türen ein. Die aktuelle Gesetzgebung erlaubt nämlich jetzt schon das Einrichten von Lehrwerkstätten, wenn die Situation dies erfordert. Bei der Abklärung der Zweckmässigkeit solcher Lehrwerkstätten gilt es indessen darauf zu achten, dass ihr Lehrstellenangebot nicht mit jenem der Privatwirtschaft in Konkurrenz tritt. Im schweizerischen Berufsbildungssystem sind die Branchen grundsätzlich frei, die für sie geeignete Lösung zu treffen. Die Lehrlinge haben somit die Möglichkeit, eine auf die Gegebenheiten ihres spezifischen Berufes zugeschnittene Lehre zu absolvieren, so dass sie sich später in der Arbeitswelt leicht zurecht finden. Sie erhalten nicht nur in beruflicher Hinsicht eine gute Ausbildung, sondern sie werden durch zahlreiche Kontakte zur Wirtschaft auf ihre tägliche Arbeit bestens vorbereitet.

Illusorisch

In jenen unserer Nachbarländer, wo sich die berufliche Ausbildung vorwiegend in speziellen Lehrwerkstätten abspielt, muss auf allen

Ebenen zurückbuchstabiert werden. So ist dort zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit ungleich grösser als bei uns. Die betreffenden Staaten bekunden denn auch die grösste Mühe, den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gerecht zu werden. Von rund 180'000 Lehrlingen werden in der Schweiz gegenwärtig etwa 97 % in privaten Betrieben ausgebildet. Dank dieses geltenden Systems, welches sich auf der ganzen Linie bewährt hat - man kann es nicht genug wiederholen! -, konnten mit einer entsprechenden Anpassung an die konjunkturellen Gegebenheiten zahlreiche junge Leute von den demoralisierenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit verschont werden. Man muss sich fragen, ob dies auch der Fall wäre, wenn wir in der Schweiz überflüssige Lehrwerkstätten hätten?

Unerträglich

Die rund 15'000 zusätzlichen Lehrplätze, welche mit der Lehrwerkstätten-Initiative geschaffen würden, kämen auf jährlich etwa 70 Mio Franken zu stehen. Neben diesen Betriebskosten würden noch einmal etwa 2,1 Mia Franken für die vorgesehenen Investitionen anfallen.

Ungerecht

Ein Ja zu dieser Initiative bedeutet die Unterschrift für eine flagrante Ungerechtigkeit! Auf welche Art würde es sich rechtfertigen, dass man weniger als 10 % aller Lehrlinge für ihre Ausbildung einen Beitrag bezahlt, während alle andern leer ausgehen? Was würden im übrigen die Universitäts- und Technikumsstudenten zu einer Lösung sagen, mit welcher man kurzerhand über sie hinweggeht? Eine dermassen ungleiche Behandlung wäre nichts anderes als eine notorische Diskriminierung, und dies kann uns nicht gleichgültig sein. Abgesehen davon, dass hier unakzeptable Privilegien geschaffen würden.

Unrealistisch

Es ist durchaus richtig, den Status des Lehrlings dauernd anzupassen, damit er die Zukunft meistern kann. Im Rahmen der geltenden Gesetzgebung ist es möglich, allfällig in Erscheinung tretende Schwachstellen auszumerzen. Die Lehrwerkstätten-Initiative bringt hier jedoch keine Lösung. Sie bringt im Gegenteil eine wesentliche Benachteiligung des Lehrlings. Dieser wird nämlich genau von jenem Milieu isoliert, in welchem er auf das tägliche Leben vorbereitet würde. Die Spezialisten sind sich denn auch darin einig, dass das schweizerische Berufsbildungssystem eine harmonische Eingliederung des Lehrlings in die Arbeitswelt am besten gewährleistet. Erfahrungsgemäss begünstigt die Meisterlehre eine möglichst gute und enge Integration in diese Arbeitswelt, in welcher sich die technischen und sozialen Veränderungen in immer schnellerem Rhythmus folgen.

Gefährlich

Mit der Annahme dieser Initiative würden wir Gefahr laufen, junge Leute ohne jegliche spätere Berufsaussichten auszubilden. Dies mit entsprechenden Rückwirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Was die Initianten wollen, haben sie klar gesagt: "Wir sind gegen die Meisterlehre und für eine grundsätzliche Umwälzung in der Berufsausbildung". Das ist mehr als nur deutlich. Wenn man genau hinschaut, dann ist diese Initiative auch politisch gefährlich. Sie ist nichts anderes als eine Drohung und sie greift an die politischen Strukturen unseres Staates. Schon aus diesem Grunde, vor allem aber im Interesse der Lehrlinge, werden wir uns vor der gestellten Falle hüten müssen.

VON DER SPITZENGRUPPE INS MITTELFELD?

Nein zur Lehrwerkstätten-Initiative

Von FDP-Nationalrat Heinz Allenspach, Fällanden (ZH)

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt die marxistische Lehrwerkstätten-Initiative. Viele haben diese Unterstützung als Ueberraschung bezeichnet. Eine solche Hineigung zu Ideologien linker Prägung musste indessen erwartet werden.

Vor der Parlamentskommission hatten Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes diesem von der Revolutionären Marxistischen Liga lancierten Volksbegehren eine klare Absage erteilt. Auch die Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung hatte die Lehrwerkstätten-Initiative abgelehnt. Der Vorstand der SPS hat sich aber gegen die linkslastigen Parteiideologen nicht durchsetzen wollen oder können.

Die Initiative versucht, die betrieblich orientierte Berufshilfe zu verstaatlichen. Die Lehrlinge sollten dem Einfluss der praktischen Betriebsarbeit entzogen werden, damit sie in den staatlichen Einrichtungen leichter und länger der "Aufklärung" durch marxistische Ideologen ausgesetzt sind. Die Initiative beabsichtigt, durch systematische Beeinflussung der Lehrlinge eine grundlegende Aenderung der Wirtschaftsordnung vorzubereiten. Dass der SPS-Vorstand solchen Absichten Beifall klatscht, manifestiert, welche Strömungen dort herrschen.

Dazu kommt, dass die marxistische Lehrwerkstätten-Initiative den Jugendlichen ein "Recht auf eine vollwertige Berufsausbildung nach ihrer Wahl" gewährleisten soll. Damit würde erstmals

ein Sozialrecht in die Bundesverfassung eingefügt. Diesem könnten dann später weitere folgen. Auch deshalb unterstützt der SPS-Vorstand die Schrittmacherdienste der Revolutionären Marxistischen Liga.

Die Lehrwerkstätten-Initiative darf nicht unterschätzt werden. Das geltende Berufsbildungssystem mit der betrieblich abgestützten Berufslehre erlaubt es, neue technische Entwicklungen sehr rasch in die berufliche Ausbildung einzubauen. Unser berufliches Qualifikationsniveau ist weltweit anerkannt. Lehrwerkstätten gemäss dieser Initiative wären nicht in der Lage, dieses Qualifikationsniveau zu gewährleisten. Die Schweiz würde alsbald aus der Spitzengruppe der Industriestaaten ins breite Mittelfeld zurückfallen.

Marxistische Schnapsideen

Warum ist die SAP-Initiative "marxistisch"?

Das Aktionskomitee, das die Volksinitiative "für eine gesicherte Berufsbildung und Umschulung" bekämpft, nennt sich Aktionskomitee gegen die "marxistische Lehrwerkstätten-Initiative". Das scheint auf den ersten Blick ein hartes Wort, ja "Progressive" werden vielleicht sogar finden, es handle sich um ein Relikt der Klassenkampfzeit. Dazu ist zu sagen, dass wir uns ohne Zweifel immer noch in einer solchen Zeit befinden, aber der Klassenkampf ist von den Bürgerlichen längstens begraben worden. Wer ihn aber betreibt, das sind just die Träger der unmöglichen Volksinitiative, über die am 28. September abgestimmt wird: Die Sozialistische Arbeiter-Partei (SAP).

Noch bis vor vier Jahren nannte sich die SAP "RLM", das hiess Revolutionäre Marxistische Liga. Der Konnex zum Marxismus ist also evident. Denn eine Partei, die sich vor noch so kurzer Zeit mit diesem antiquierten Attribut schmückte, wird diese starre Ideologie nicht so schnell ablegen. Und in der Tat: Schaut man in das Wochenblatt "Die Bresche" so wird einem sofort klar, dass sich hinter den Schreiberlingen dieses Pamphletes harte Klassenkämpfer befinden. Und zwar solche, die zwar hin und wieder eine Kritik an der Sowjetunion wagen, aber nur weil die dortige Diktatur den wahren Marxismus verraten haben soll. Die SAP propagiert demzufolge einen puristischen, absoluten Marxismus, wie er von Karl Marx im letzten Jahrhundert mit viel Eifer vertreten worden ist.

Von diesem immer noch existierenden Marxismus zeugt auch die "Lehrwerkstätten-Initiative". Dafür dürfen auch nicht die an Versammlungen vorgebrachten Phrasen täuschen, beispielsweise des SAP-Sekretärs Fritz Osterwalder, der etwa behauptet, bei der Vorlage gehe es nicht um das SAP-Parteiprogramm, sondern um das Wohl der Lehrlinge. Selbst der zum gleichen Lager neigende und ebenfalls in eine sozialistische Richtung politisierende Verband der Schweizerischen Studentenschaft (VSS) hat sich von der "Lehrwerkstätten-Initiative" distanziert.

Etatismus

Vom Marxismus in der SAP-Initiative zeugt der in ihr enthaltene Etatismus. Nicht mehr die Wirtschaft soll wie bis anhin die Hauptverantwortung für die Berufsausbildung und Weiterbildung tragen, sondern der Staat. Das ist eine rein doktrinäre Forderung, die an den Realitäten total vorbeizieht. Warum soll ein System nur wegen der Durchstierung eines Prinzips geändert werden? Nur Ideologen marxistischen Zuschnitts können solche abwegige Forderungen erheben.

Klassenfeind

Vom Marxismus zeugt im weiteren die angestrebte Finanzierung. Mit ihr wollen die Initianten den Klassenfeind treffen, nämlich die Arbeitgeber. Sie sollen zwar bei der Ausgestaltung der Berufs- und Weiterbildung nur noch das fünfte Rad am Wagen spielen, bzw. nichts mehr zu sagen haben, dafür würden sie an die Kasse gebeten, indem sie die staatlichen Lehrwerkstätten zu bezahlen hätten. Mindestens 75 Prozent der Kosten sollen sie mittels minimal 0,5 Prozent der Lohnmasse decken.

Ausbeutungstheorie

Vom Marxismus zeugt auch die in der Initiative enthaltene Ausbeutungs-Theorie. Die Ausgebeuteten, die "Proletarier", sind bei dieser Vorlage die Lehrlinge. Sie werden gemäss Vorstellungen der SAP als billige Arbeitskräfte missbraucht. Aus diesem Grund sollen sie ein Monatssalär von gegen 2000 Franken erhalten. Darin kommt auch der von den Kommunisten geforderte (aber in Wirklichkeit selbstverständlich nie praktizierte) Egalitarismus zum Vorschein: Es wird davon ausgegangen, dass die Lehrlinge bereits qualifiziert sind, bevor sie überhaupt nur etwas geleistet haben.

Führt zu Arbeitslosigkeit

Dass mit diesen marxistischen Schnapsideen in unserer Marktwirtschaft gerade das Gegenteil von dem erreicht wird, was die SAP eigentlich anstrebt, leuchtet schnell ein. Statt zu Arbeit wird die "Lehrwerkstätten-Initiative" zu Arbeitslosigkeit führen. Denn die Forderung nach einem Recht auf voll-

wertige Berufsbildung gemäss den Bedürfnissen der einzelnen Jugendlichen führt dazu, dass diese in Berufen ausgebildet werden, die allenfalls ihren Wünschen oder ihren Eitelkeiten entgegenkommen, volkswirtschaftlich aber nichts nützen.

Diese marxistisch inspirierte Initiative ist aus den gegebenen Gründen in der Tat völlig überflüssig. Darum am Wochenende des 28. Septembers: Nein zur SAP-Initiative!

Paul Ehinger